

Niederschrift

**über die 3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Chancengerechtigkeit und Integration am Mittwoch, 17.06.2026 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal
des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hamza El Halimi SPD

stellv. Vorsitz

Herr Peter Groß CDU

ordentliche Mitglieder

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Matthias Schumann CDU

Herr Michael Wegmann CDU

Frau Navina Donata Baur SPD

Frau Henrike Lindenberg SPD

Herr Elias Sousa Reis SPD

Herr Cosimo Dell'Abate

Vertreter/in der Ratsfraktionen

Herr Oliver Kohl CDU

Frau Andrea Janecek SPD

Herr Axel Hoffmeister AfD

Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	für Frau Didschuneit
-------------------------	-----------------------	----------------------

Herr Klaus Wockenfoth Die Linke

Gäste

Herr Bekir Arslan Bildungs- und Erziehungsverein Hand-in-Hand e.V.

Frau Dr. Risse
Bildungs- und Erziehungsverein Hand-in-Hand e.V.

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Anja Voß Stadt Hilden

Frau Anna Maurer Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Der Bildungs- und Erziehungsverein Hand-in-Hand e.V. stellt sich vor
WP 25-30 SV 51/032
- 3 Der Kontaktbeamte für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten der Kreispolizeibehörde stellt sich vor
WP 25-30 SV 51/033
- 4 Fallzahlenentwicklung Asyl
WP 25-30 SV 51/034
- 5 Änderung der Richtlinien Förderung "Netzwerk der Hildener Migrantenvereine"
WP 25-30 SV 51/035
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rm El Halimi/SPD eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Anträge, die Tagesordnung zu ändern, wurden gestellt:

TOP 3: Der Vorsitzende Rm El Halimi/SPD beantragte den Tagesordnungspunkt zunächst bis zum Eintreffen des Kontaktbeamten für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten zurück zu stellen. Sollte dieser nicht mehr erscheinen, werde der Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung vertagt werden.

Der Ausschuss stimmte den Änderungen zu.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldetet sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2 Der Bildungs- und Erziehungsverein Hand-in-Hand e.V. stellt sich vor WP 25-30 SV 51/032

Herr Bekir Arslan und Frau Dr. Erika Risse vom Bildungs- und Erziehungsverein Hand-in-Hand e.V. stellen sich vor und präsentierten das Projekt „Hildener Lesedrachten“.

Nach der Vorstellung des Projekts bedankten sich die Ausschussmitglieder für die Präsentation und gaben positive Rückmeldung.

In der anschließenden Fragerunde erläuterte Frau Dr. Risse, dass das Leseförderprogramm in den Vormittagsbereich integriert werde. Die Kinder würden nicht aus dem Klassenverband herausgenommen und gesondert gefördert. Vielmehr sei das Konzept darauf ausgerichtet, die Leseförderung in den Schulalltag einzubinden. Zudem erklärte sie, dass die Lehrkräfte als pädagogische Fachkräfte die Umsetzung des Projektes begleiten, weshalb eine unmittelbare Einbindung der Eltern nicht vorgesehen sei.

Auf die Frage aus dem Ausschuss, welchen Wunsch der Verein an die Politik hinsichtlich einer möglichen Unterstützung habe, führte Herr Arslan aus, dass das Leseförderprojekt „Hildener Lesedrachten“ eine Hildener Initiative sei, die auf ehrenamtlichem Engagement beruhe. Neben einer finanziellen Unterstützung seien insbesondere weitere Ehrenamtliche willkommen. Darüber hinaus wünsche sich der Verein eine stärkere Wahrnehmung und Wertschätzung seiner ehrenamtlichen Arbeit.

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass er zwecks einer Vorstellung des Vereins im Schul- und Sportausschuss mit der Ausschussvorsitzenden sprechen werde, da sie die TO festsetze und bat Rm Reimann/Bündnis 90/Die Grünen ihren Wunsch auf regulärem Weg offiziell mitzuteilen.

Weiterhin erläuterte die Verwaltung, dass die von der Landesregierung geplanten ABC-Klassen zur frühzeitigen schulischen Sprachförderung keinen wesentlichen Einfluss auf das Projekt hätten. Das Angebot des Vereins ergänze die schulische Förderung und bestehe unabhängig davon als ehrenamtliches Angebot fort.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration nahm den Bericht des Bildungs- und Erziehungsverein Hand-in-Hand e.V. zur Kenntnis.

3 Der Kontaktbeamte für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten der Kreispolizeibehörde stellt sich vor WP 25-30 SV 51/033

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt und auf die nächste Sitzung verlagert.

Die Vorstellung des Kontaktbeamten für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten der Kreispolizeibehörde wurde verlagert.

4 Fallzahlenentwicklung Asyl WP 25-30 SV 51/034

Die Verwaltung teilte mit, dass die Zahl der zugewiesenen geflüchteten Menschen rückläufig sei. Vor diesem Hintergrund müsse das bestehende Gesamtsystem angepasst werden. Dabei würden

unter anderem die zukünftige Ausgestaltung der Unterkünfte sowie die pädagogische Begleitung betrachtet. Der Ausschuss werde über die weiteren Entwicklungen frühzeitig informiert.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

5 Änderung der Richtlinien Förderung "Netzwerk der Hildener Migrantenvereine"

WP 25-30 SV 51/035

Der Ausschuss diskutierte den Tagesordnungspunkt und brachte weitere Änderungswünsche zu den Richtlinien ein.

Die Verwaltung teilte mit, dass die zweimal jährlich stattfindenden Internationalen Wochen, im Frühjahr und im Herbst, gezielt genutzt werden sollen, um den Austausch mit den Vereinen zu stärken. Erste Gespräche hätten bereits stattgefunden und neue Ideen hervorgebracht. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ausweitung der Förderung auf weitere Integrationsprojekte vom Maßnahmenkatalog abzugrenzen sei.

Auf Nachfrage von Vorsitzenden Rm El Halimi/SPD, ob der Ausschuss in die Planung eingebunden oder nur informiert werde, erklärte die Verwaltung, dass gegen Ende des Jahres bzw. im Spätherbst die Vereine zu einer gemeinsamen Projektplanung für das Folgejahr eingeladen werden sollen. Dabei sollen geplante Maßnahmen abgestimmt und mögliche Ideen ausgetauscht werden. Kooperationen mit der Stadt seien dabei wünschenswert, jedoch keine Voraussetzung. Zudem wurde angeregt, den Ausschuss bzw. eine Vertretung des Ausschusses künftig in die Projektplanung einzubinden und dies in den Richtlinien zu ergänzen. Unabhängig davon werde der Ausschuss über die Planungen zu den Aktionswochen informiert.

Auf Vorschlag aus dem Ausschuss erklärte die Verwaltung, dass sie eine Beteiligung des Ausschusses, insbesondere im Rahmen der Aktionswochen und als Kooperationspartner, ausdrücklich begrüßen würde.

Anschließend ließ der Vorsitzende Rm El Halimi/SPD über den entsprechend geänderten Beschlussvorschlag, einschließlich der drei weiteren Änderungswünsche, abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Änderung der entsprechenden Richtlinien zu.

Erläuterungen und Begründungen:

Die Stadt Hilden fördert bereits seit dem Jahr 1989 die Arbeit von Migrantenvereinen auf Grundlage entsprechender Richtlinien. Ziel dieser Förderung war und ist es, einen Beitrag zu einem gleichberechtigten, friedlichen Zusammenleben sowie zur Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu leisten.

Neben projektbezogenen Fördermöglichkeiten wurden den Migrantenvereinen über viele Jahre hinweg pauschale finanzielle Mittel in Form eines sogenannten „Globalzuschusses“ zur Verfügung gestellt. Dieser beträgt derzeit € 500.-- pro Verein und wird ohne Antrag und ohne Verwendungsnachweis gewährt.

Zuletzt erhielten sechs Vereine die Förderung, an zwei wurde sie nicht ausgezahlt, da sie keine Kooperationsbereitschaft zeigten („Islamisch Marokkanisches Kulturzentrum e. V.“ und „WiD - Wir in Deutschland e. V.“).

Ein Verein hat seine Auflösung angekündigt („PHILIA Griechisch-Deutscher Freundeskreis Hilden e. V.“)

Die weiteren Mitglieder im „Netzwerk der Hildener Migrantenvereine“ sind:

- Jugoslawisch-Deutscher Kulturverein Hilden e. V.
- Uniao Portuguesa Hilden e. V.
- Slowenischer Kultur- und Sportverein Maribor e.V.
- DITIB Türkische Islamische Gemeinde zu Hilden e. V.
- KOMMA e.V.

Mit der grundlegenden Neuausrichtung der Integrationsförderung – insbesondere durch die Bündelung projektbezogener Fördermittel im „Maßnahmenkatalog Integration“ sowie die inhaltliche Fokussierung auf die Handlungsfelder „Sprache / Bildung“ und „Gesellschaftliche Teilhabe / Kontakte“ – wurde bereits stärker ein projekt- und wirkungsorientierter Ansatz verfolgt.

Die pauschale Gewährung des Globalzuschusses entspricht nicht mehr diesem Ansatz. Derzeit erfolgt bislang keine inhaltliche Steuerung oder Ausrichtung der Förderung anhand konkreter Planungen oder Aktivitäten.

Vor diesem Hintergrund soll die bisherige Regelung in Ziffer 2.9 der Richtlinien (siehe **Anlage**) angepasst werden.

Grundlage dafür ist ein Beschluss des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration, den dieser in seiner Sitzung vom 11.03.2026 herbeigeführt hat, welcher lautet:

„Der Ansatz von 4.500€ wird der Verwaltung als allgemeiner Ansatz für Integrationsprojekte in Kooperation mit den Migrantenvereinen sowie sonstigen Akteuren im Themenbereich Integration im Produkt 050501 „Hilfen zur Integration“ zur Verfügung gestellt.“

Ziel der geplanten Neuregelung ist es,

- die Verwendung der Mittel stärker an konkrete Aktivitäten und Planungen der Vereine zu knüpfen,
- die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Migrantenvereinen zu intensivieren,
- sowie die eingesetzten Mittel zielgerichteter und flexibler im Hinblick auf integrative Arbeit einzusetzen.

Künftig sollen die Migrantenvereine jeweils zum Jahresende durch die Verwaltung eingeladen werden, um ihre geplanten Aktivitäten für das folgende Jahr vorzustellen. Im Anschluss trifft die Verwaltung die Entscheidung über die jeweilige finanzielle Unterstützung.

Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf gemeinsamen Projekten und Aktivitäten liegen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus sowie weiterer internationaler Aktionstage.

Die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von insgesamt € 4.500.-- werden somit bedarfsorientiert vergeben. Mittel, die nicht durch konkrete Planungen der Vereine gebunden sind, können im laufenden Jahr durch die Verwaltung flexibel für entsprechende Maßnahmen eingesetzt werden.

Durch diese Umstellung wird sichergestellt, dass insbesondere diejenigen Vereine finanziell unterstützt werden, die aktiv zur Integrationsarbeit in Hilden beitragen. Gleichzeitig erhöht sich die Transparenz über die Verwendung der Mittel sowie die Wirksamkeit der Förderung.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration wird regelmäßig über die Beteiligung der Vereine sowie über durchgeführte Projekte informiert.

Bei dieser Gelegenheit soll die bisherige Richtlinie auch redaktionell angepasst werden:

- Das Wort „Integrationsrat“ wird jeweils durch „Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration“ ersetzt.
- Das Wort „Integrationsbüro“ wird durch „Fachstelle Integration“ ersetzt.
- Über die Vergabe der Mittel aus dem „Maßnahmenkatalog Integration“ entscheidet nun der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (Punkt 1.1 der Anlage).
- Punkt 2.6 entfällt, da das „Hildener Fest der Völker“ nicht mehr stattfindet (entsprechend werden die folgenden Punkte umbenannt).
- Die Darstellung der Historie der Sitzungsvorlage wird gekürzt.

Die beigegefügte Anlage enthält die aktuelle Fassung der Richtlinien und die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen. Passagen, die nach Auffassung der Verwaltung geändert werden sollen, sind durchgestrichen - die angestrebten Neufassungen jeweils gelb unterlegt.

gez.

Dr. Claus Pommer

Bürgermeister

Geänderter Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Änderung der entsprechenden Richtlinien mit drei weiteren nachfolgend dargestellten Änderungen zu.

(Änderungen durchgestrichen bzw. *kursiv* und **fett dargestellt)**

2.4

Einem Antrag auf Aufnahme in das „Netzwerk der Hildener Migrantenvereine“ geht ein Gespräch mit der Fachstelle Integration voraus. Dabei sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- die Satzung des Vereins
- ein aktueller Auszug aus dem Vereinsregister
- eine Bescheinigung des Finanzamtes zum Nachweis der Gemeinnützigkeit („Körperschaftsfreistellungsbescheid“)
- Dokumentationen bisheriger Projekte ***und***/oder künftiger Planungen

2.8

Alle Vereine, die dem „Netzwerk der Hildener Migrantenvereine“ angehören, ***sowie der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration*** werden zum Ende eines jeden Jahres von der Verwaltung eingeladen. Die Vereine stellen dabei ihre Planungen für das kommende Jahr vor und ~~gemeinsam wird überlegt~~ ***alle Beteiligten entscheiden gemeinsam***, welche Projekte und Aktivitäten in Kooperation umgesetzt werden können. Im Schwerpunkt sollen Projekte im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus und internationaler Aktionstage umgesetzt werden. Insgesamt stehen hierfür € 4.500, -- zur Verfügung. Mittel, die nicht verplant werden, stehen der Verwaltung im laufenden Jahr zur kurzfristigen Planung und Umsetzung von Maßnahmen im oben genannten Kontext zur Verfügung. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration wird regelmäßig über die Beteiligung der Vereine und durchgeführte Projekte informiert.

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass im anschließendem Sozialausschuss eine Anfrage der CDU-Fraktion zur Einführung der Bezahlkarte vorgesehen sei. Die Verwaltung verfolge deren Einführung bzw. Bereitstellung aktiv.

Anmerkung der Schriftführung:

Die in der Anfrage gestellten Fragen sowie die hierzu von der Verwaltung gegebenen Antworten sind nachfolgend aufgeführt:

Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete

Zu Frage 1: Wie ist der aktuelle Stand der Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in Hilden?

Die Stadt Hilden befindet sich derzeit im laufenden Roll-out-Prozess zur Einführung der Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Einführung erfolgt in Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen, der Bezirksregierung Düsseldorf sowie dem durch das Land beauftragten Dienstleister. Die erforderlichen vertraglichen Grundlagen wurden geschaffen. Darüber hinaus wurden die notwendigen organisatorischen und technischen Vorbereitungen eingeleitet. Der Stadt Hilden wurde inzwischen der Zugang zur Testumgebung des Systems zur Verfügung gestellt. Nach Freischaltung der Testumgebung können die nächsten Umsetzungsschritte, insbesondere die Anwenderschulungen und die abschließende technische Einrichtung, erfolgen.

In der 26. Kalenderwoche erfolgte außerdem die Freischaltung des Live-Systems sowie die Lieferung der physischen Karten.

Zu Frage 2: Welche konkreten Maßnahmen wurden seit dem Ratsbeschluss zur Umsetzung eingeleitet?

Seit dem Ratsbeschluss wurden die für die Einführung erforderlichen Schritte kontinuierlich umgesetzt. Hierzu zählen insbesondere:

- Teilnahme an Informations- und Abstimmungsterminen mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierung Düsseldorf,
- Abschluss des Verwaltungsvertrages zur Teilnahme am landesweiten Verfahren,
- Benennung der abrufberechtigten Personen gegenüber der Bezirksregierung,
- Übermittlung verschiedener organisatorischer und technischer Angaben an den Dienstleister,
- Abstimmungen mit der IT-Abteilung und der Stadtkasse zur technischen Umsetzung,
- Unterzeichnung des erforderlichen Abrufscheins sowie Vorlage der hierzu notwendigen Legitimationen,
- Einrichtung der technischen Zugänge und Vorbereitung der Anwenderschulungen.

Zu Frage 3: Aus welchen Gründen konnte die angekündigte Einführung bis zum Ende des ersten Quartals 2026 oder früher bislang nicht erfolgen?

Die Einführung der Bezahlkarte erfolgt im Rahmen eines landesweit koordinierten Roll-out-Verfahrens mit einer Vielzahl aufeinander aufbauender organisatorischer und technischer Umsetzungsschritte. Die Stadt Hilden ist hierbei auch auf die Bereitstellung von Zugängen, Systemen und Freigaben durch die beteiligten externen Stellen angewiesen.

Der ursprünglich angestrebte Zeitplan konnte daher nicht eingehalten werden, da verschiedene vorbereitende Schritte mehr Zeit in Anspruch genommen haben als zunächst erwartet. Hierzu gehören insbesondere technische Einstellungsprozesse, Abstimmungen zwischen den Beteiligten sowie die Bereitstellung der erforderlichen Systemzugänge.

Zu Frage 4: Welche organisatorischen, technischen oder rechtlichen Hürden stehen einer zeitnahen Umsetzung derzeit entgegen?

Rechtliche Hürden bestehen derzeit nicht. Aktuell stehen insbesondere noch technische und organisatorische Umsetzungsschritte aus. Hierzu gehören die Freischaltung und Erprobung der Testumgebung, die Durchführung der Anwenderschulungen, die abschließende Systemkonfiguration sowie die Vorbereitung der organisatorischen Abläufe für den späteren Produktivbetrieb. Die Verwaltung arbeitet die noch erforderlichen Schritte gemeinsam mit dem Dienstleister und den beteiligten Stellen sukzessive ab.

Zu Frage 5: Wann rechnet die Verwaltung mit der tatsächlichen Einführung der Bezahlkarte?

Derzeit ist vorgesehen, die Schulungen der Mitarbeitenden des zuständigen Sachgebiets im Laufe des Monats Juli durchzuführen. Im Anschluss daran können die noch erforderlichen technischen und organisatorischen Vorbereitungen abgeschlossen werden. Vorbehaltlich unvorhersehbarer Verzögerungen durch externe Beteiligte geht die Verwaltung derzeit davon aus, dass die Voraussetzungen für die Einführung der Bezahlkarte im Laufe des dritten Quartals 2026 geschaffen werden können.

Zu Frage 6: Weshalb wurde der Rat oder der Fachausschuss bisher nicht proaktiv über die Verzögerungen und den aktuellen Sachstand informiert?

Die Verwaltung hat die Einführung der Bezahlkarte fortlaufend bearbeitet. Da sich die Umsetzung bislang überwiegend auf organisatorische und technische Vorbereitungsmaßnahmen innerhalb des landesweiten Roll-out-Prozesses beschränkte und belastbare Aussagen zum weiteren Zeitplan nur eingeschränkt möglich waren, wurde zunächst von einer gesonderten Berichterstattung abgesehen. Mit der vorliegenden Anfrage erfolgt nun eine umfassende Darstellung des aktuellen Sachstandes. Die Verwaltung wird die politischen Gremien bei wesentlichen Entwicklungen weiterhin informieren.

Zu Frage 7: Hält die Verwaltung weiterhin an der Umsetzung des Ratsbeschlusses fest und wird diese mit der erforderlichen Priorität verfolgt oder wurde die Einführung faktisch zurückgestellt – falls ja, auf welcher Grundlage?

Die Verwaltung hält uneingeschränkt an der Umsetzung des Ratsbeschlusses fest. Eine Zurückstellung der Einführung ist nicht erfolgt. Die erforderlichen Umsetzungsschritte werden kontinuierlich bearbeitet. Die zeitlichen Verzögerungen sind nicht auf eine veränderte Prioritätensetzung innerhalb der Verwaltung zurückzuführen, sondern auf die Komplexität des landesweit organisierten Einführungsprozesses sowie die hierfür erforderlichen technischen und organisatorischen Abstimmungen mit den beteiligten externen Stellen.

Zusammenfassender Ausblick

Die Einführung der Bezahlkarte wird durch die Verwaltung weiterhin aktiv verfolgt. Nach Bereitstellung des Systems stehen nun die Durchführung der Anwenderschulungen und abschließenden technischen und organisatorischen Umsetzungsschritte an. Ziel bleibt die zeitnahe Einführung der Bezahlkarte nach Abschluss der noch erforderlichen Vorbereitungen.

Zwischen der mündlichen Berichterstattung im Sozialausschuss und dem 23.06.26 haben sich Neuerungen ergeben, die hier entsprechend ergänzt wurden.

Rm Dell'Abate/ Einzelbewerber erkundigte sich, ob die Bücherei künftig wieder nachmittags geöffnet habe.

Die Verwaltung teilte hierzu mit, dass die für den Arbeitsschutz erforderlichen Klimageräte angeschafft würden und die Bücherei ab der kommenden Woche wieder zu den bekannten Öffnungszeiten geöffnet sein werde.

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

Hamza El Halimi / Datum
Vorsitzender

Anna Maurer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
1. Beigeordneter